

Haushaltsexperten contra Sozialfachleute

Was ist noch finanzierbar?

Streitgespräch über Inhalte der 'Grundversorgung'

Von Cornelia Glees

Das Stichwort von der sozialen Grundversorgung erhitzt die Gemüter. Angesichts der leeren Stadtkassen steht den Sozialfachleuten im Streit mit den Haushaltsexperten ein heißer Herbst bevor. Einen Vorgeschmack darauf bot die Diskussion zum Thema 'Was heißt soziale Grundversorgung', die das Sozialpolitische Forum am Mittwochabend veranstaltet hatte. Am runden Tisch saßen Amtsleiterin Almuth Tauche (Allgemeiner Sozialdienst ASD), ihre Kollegen Hubertus Schröder (Jugendamt) und Frieder Graffe (Sozialamt), außerdem Jürgen Salzhuber, Sprecher der Arbeitsgemeinschaft der Wohlfahrtsverbände. In der Rolle der ungeliebten Finanzpolitiker warben Klaus Jungfer (SPD) und Hepp Monatseder (Grüne) für den Sparkurs des Kämmers.

Einig war sich das (Fach-)Publikum: Wenn das Geld knapp ist, muß man Priori-

täten setzen. Und oberste Priorität müsse die soziale Grundversorgung haben, über die inhaltlich gestritten werden könne. Ein plakatives Beispiel: Warum werden Millionen für Verkehrsberuhigung ausgegeben, während sterbende Menschen in ihren Betten verfaulen?

Positiv griff Hubertus Schröder die Vorlage von Sozialreferent Hans Stütze zum Begriff soziale Grundversorgung auf. Demnach geht es um die Bewältigung sozialer Notlagen, wie es der Sozialstaatsgedanke des Grundgesetzes vorschreibt. Darüber hinaus gebe es keine 'freiwilligen' (und damit als kürzbar betrachteten) Leistungen. Im Gegenteil: Aufgrund neuer Gesetzesvorgaben haben die Bürger Rechtsanspruch auf weit gefaßte soziale Dienstleistungen, sie sind kein Gnadenakt. Die Stadt hat nur Spielraum, wie sie diese Leistungen erbringt.

Die drei Amtsleiter warnten vor den zu-

nehmenden Problemen Armut, Wohnungsnot, Gewalt, Drogen, Wandel der Familienstruktur und den damit verbundenen Folgen (Vereinsamung, Verwahrlosung). Gleichzeitig fehlten dem ASD im neuen Haushalt zwei Millionen, der Jugendhilfe 8,6 und der Altenhilfe fünf Millionen Mark - trotz Steigerungsrate, die aber durch steigende Lohnkosten aufgewogen werde.

Jürgen Salzhuber rührte an dem Tabu, inwieweit die Stadt clever genug sei, bei Bezirken und Freistaat Geld locker zu machen und ob nicht freie Träger billiger und besser arbeiteten. Als wiederholt Vorwürfe wie 'vorausseilender Gehorsam' und 'Kniefall vor Kronawitter' geäußert wurden, machte Schröder seinem Ärger Luft: Er habe selbst kein Personal, Haushaltsvorlagen gehörten zur Dienstpflicht und im übrigen seien Amtsleiter Beamte und keine Politiker. 'Wir müßten eigentlich die Schnauze halten.'